

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes machte die Vorsitzende die Ausschussmitglieder auf die als Tischvorlage vorliegenden Fragen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an das technische Dezernat, beide Fragenkataloge sind als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt, aufmerksam.

Herr Doğan stellte vorab nochmals in einem kurzen Abriss dar, wie sich der bisherige Werdegang darstellt, welcher zu der Entscheidung des Ausschusses führte, den Neubau der Notunterkunft „Am Bauhof“ durchzuführen. Ebenso erklärte er eingehend, wie es zu der neuen Sitzungsvorlage der Verwaltung zu diesem Thema kam.

Er sagte zu, dass, wenn der Verwaltung zu einer der kommenden Sitzungen neue Erkenntnisse zu diesem Thema vorliegen würden, erhalte der Ausschuss eine aktuelle Sachstandmitteilung.

Herr Moeck legte aus Sicht des technischen Dezernats ergänzend dar, wie es von dortiger Seite zu der Sitzungsvorlage und dem Beschlussvorschlag kam.

Die schriftliche Beantwortung der Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ist als Anlage beigelegt.

Von Seiten der CDU-Fraktion wurde kritisch hinterfragt, wie es zu dieser enormen Kostensteigerung kommen konnte. Es habe den Anschein, dass nach dem Beschluss zum Neubau des Objektes mit einem angepassten Kostenrahmen von 2.700.000 €, um den zum damaligen Zeitpunkt schon schwer gerungen wurde, Änderungs- und Zusatzwünsche eingeflossen sind, die so nicht Bestandteil des Beschlusses waren.

In diesem Zusammenhang kam auch die Frage auf, ob es eine alternative Nutzung des Grundstückes geben könne, z.B. die Errichtung einer Unterkunft wieder in Containerbauweise, welche eine nicht so massive und somit kostenintensive Gründung benötigen würde.

Als Anregung für die Verwaltung bei einer alternativen Standortsuche wurde der Hinweis gegeben, dass nicht nur eine technische Machbarkeit im Vordergrund stehen sollte, sondern auch soziale Aspekte mit einbezogen würden.

Trotz aller Kritik erfolgte der Dank an die Verwaltung für ihr jetziges Handeln, das es ermögliche, unter Berücksichtigung der eingetretenen Änderungen die beschlossene Umsetzung der Maßnahme nochmals zu reflektieren und ggf. neu zu justieren.

Herr Doğan legte diesbezüglich dar, dass der Ausschuss aufgrund einer „grobe“ Kostenplanung den Beschluss zum Bau von 24 Wohneinheiten gefasst habe. Es gab zu diesem Zeitpunkt noch keine bautechnische Ausführung. Nach der Beschlussfassung sei mit Blick auf danach folgende Beschlüsse politischer Gremien zur Umsetzung der Ziele des Klimaschutzes z.B. der Punkt aufgegriffen worden, dass auf jedes neu errichtete städtische Gebäude Photovoltaikanlagen aufgestellt werden sollten. Dies habe Auswirkungen auf die Herstellungskosten des Gebäudes.

Herr Moeck teilte ergänzend kurz mit, dass eine Containerbauweise machbar wäre.

Herr Doğan macht in diesem Zusammenhang jedoch darauf aufmerksam, dass es aufgrund des Krieges in der Ukraine zu einer wahrhaften Preisexplosion für Wohncontainer gekommen sei, die mittlerweile die Kosten erreichen würden, wie sie

auch eine Massivbauweise verursache.

In der weiteren Aussprache wurde durch die FDP-Fraktion kritisiert, dass die Politik in den Projektablauf nicht genügend eingebunden wäre.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde angemahnt, dass es zukünftig bei der weiteren Planung und Ausführung keine längere Zeitverluste geben dürfe, da die Menschen, die in dieser Unterkunft wohnen sollten, auf die Hilfe der Gesellschaft und der Stadt angewiesen seien. Man befürchte durch das „Ruhendstellen“ einen zu großen Zeitverlust.

Nach der Aussprache ließ die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.